



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/116 - 17.9.1951

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 7654-59  
Fernschreiber 039 890

Die Situation nach Washington	S. 1
De Gasperi in USA (Bericht aus Rom)	S. 3
Berlin als 12.Land (von Willy Brandt)	S. 4
Vom öffentlichen Informationsbedürfnis	S. 6

## "Aufrüstungs - Kalender"

P.R. Man las dieses Wort kürzlich mit ausgesprochenem Unbehagen, aber man kann sich nicht der Erkenntnis entziehen, daß wir bereits mitten im Ablauf einer sehr schnellen Entwicklung stehen, die sich zu überstürzen droht durch eine falsche amerikanische Einschätzung europäischer Gegebenheiten und durch die Politik der Bundesregierung, ihr Vorschub zu leisten. Darüber ist durch die letzten Erklärungen Dr.Schumachers sehr deutlich das Notwendige gesagt worden.

"Nur wenn die Westmächte, das Vergangene abschüttelnd, sich einen Ruck geben und in den kommenden Verhandlungen mit uns weitherzig und vertrauensvoll auf unsere besondere politische, wirtschaftliche und finanzielle Lage, noch mitten in den Trümmern des letzten Krieges Rücksicht nehmen, darf man auf den freien und offenen Willen des deutschen Volkes zur Mitarbeit an der militärischen Sicherung Europas rechnen", schrieb eine der Regierung nahestehende Zeitung. Nun - die Washingtoner Einigung hat gezeigt, daß man nicht "weitherzig und vertrauensvoll", sondern engherzig und mißtrauisch (gegenüber Deutschland) zu verfahren beabsichtigt. Und an anderer Stelle hieß es: "Die politische Selbständigkeit, der Schuman-Plan und die Beteiligung an einer europäischen Verteidigungsarmee stehen und fallen miteinander". Gerade diese Verknüpfung aber verhindert die deutsche Selbständigkeit, weil die Einzel-

Bestimmungen des Schuman- wie des Pleven-Planes Deutschland de facto nicht als gleichberechtigt anerkennen, sondern es klar benachteiligen.

Wie soll das Verfahren nun weitergehen? Zunächst werden Verhandlungen zwischen den Hohen Kommissaren und den deutschen Stellen folgen. Auf ihnen liegt in der nächsten Zeit das Schwergewicht. Die Meinungen darüber, wie lange sie dauern werden, gehen weit auseinander. Der ursprüngliche Termin, Ende Oktober, für die Konferenz in Rom, die den formellen Abschluß in einem Vierer-Abkommen bringen sollte, soll bereits auf Mitte November verschoben worden sein. Aus Paris liegen Berichte vor, nach denen man erst im kommenden Frühjahr so weit sein werde. Die Einzelberatungen über die Ablösung des Besatzungs-Statutes sollen auf deutscher Seite von "einer Reihe von Sachverständigen" unter Führung von Staatssekretär Hallstein in fünf bis sechs Wochen geführt werden. Inzwischen ist auch die Absicht des Bundeskanzlers bekanntgeworden, "einen kleinen Stab von Bundestags-Abgeordneten der großen Parteien", also auch der sozialdemokratischen Fraktion, zu bilden, der als beratendes Gremium "rechtzeitig Vorschläge unterbreiten und Einwendungen erheben soll".

Die Absicht weckt Mißtrauen. Was soll dieser ad hoc zusammenberufene Ausschuß? Er soll, so scheint uns, die parlamentarische Kulisse für Entscheidungen abgeben, die der Kanzler mit seiner, aller Welt mitgeteilten Zustimmung zu Washington schon getroffen hat. Wenn es anders wäre, würde wohl von der Einberufung des zuständigen Auswärtigen Ausschusses des Bundestages die Rede gewesen sein, der schon bei verschiedenen Gelegenheiten gezeigt hat, daß er sich nicht zu jener untergeordneten Rolle degradieren läßt. Man hätte dann auch sicher von der Absicht gehört, diesen ganzen schickaleschweren Fragenkomplex in der Vollversammlung des Bundestages ausführlich zu erörtern.

Dr. Adenauer hat erklärt, er werde nichts unterlassen, eine Mitarbeit der SPD herbeizuführen, die er "ein sehr erstrebenswertes Ziel" nannte. Die Mitteilung kommt sehr spät, wenn nicht zu spät. Die SPD wird ihre ganze Kraft auf die Darlegung der Gründe konzentrieren, aus denen für sie die Washingtoner Regelung, mit der der Kanzler seine volle Zufriedenheit ausgesprochen hat, unannehmbar ist und zwar, weil sie in entscheidenden Punkten nicht der allgemeinen Deklaration, wohl aber der praktischen Einzelheiten, Deutschland eine nachgeordnete Rolle zuweist und damit von vornherein die Basis einer ehrlichen Zusammenarbeit in Europa untergräbt. Man kann nicht so verfahren, daß man einfach einen "Aufrüstungs-Kalender" aufstellt und der Einhaltung seiner Termine den Vorrang vor dem Inhalt der Vereinbarungen selbst gibt.

Was I t a l i e n nützt

v. sch.-Rom, Anfang September

Das Hauptziel des italienischen Ministerpräsidenten de Gasperi in den USA ist es, die Aufhebung der einschränkenden Rüstungsbestimmungen mit Italien zu erreichen. Das ist wiederholt gesagt worden. Die Reise hat aber auch einen wichtigen Nebenzweck, den man natürlich hier an amtlicher Stelle nicht zugeben wird, der aber nicht nur in politischen Kreisen, sondern im Volke selbst deutlich empfunden wird: Die italienische Demokratie, deren Gefährdung durch die Stärkung der beiden Extreme bei den Wahlen im Frühsommer enthüllt worden ist, durch einen sichtbaren Prestigeerfolg und durch greifbare wirtschaftliche Hilfe zu stärken und krisenfest zu machen.

Mit einer einseitigen Aufhebung der vertraglichen Rüstungseinschränkungen würde man gewiß dem italienischen Nationalstolz ein wertvolles Zugeständnis machen. Aber es wäre eine Illusion, zu glauben, daß damit die nationalistische Agitation der beiden Extreme - denn die Kommunisten wetteifern auf diesem Gebiete mit den Neofaschisten - Einhalt geboten werden kann. Denn sie haben bereits die Parole ausgegeben, daß eine wirkliche Friedensrevision eine Lösung der Triester Frage im hundertprozentig italienischen Sinne einschließen muß, also eine Rückgabe des gesamten sogenannten Freien Territoriums von Triest, inclusive der von den Jugoslawen seit sechs Jahren besetzten B-Zone. Das sind praktisch unerreichbare Forderungen. Eine Vermehrung der italienischen Streitkräfte, ihrer Tanks und ihrer Flugzeuge, die bisher durch den Friedensvertrag stark eingeschränkt waren, wird sicher in weiten Kreisen des Bürgertums mit Genugtuung registriert werden. Aber ein wirklich volkstümlicher Erfolg wird das kaum sein, denn jeder weiß, daß jede solche Rüstungsvermehrung mit großen Kosten verbunden ist, und dies zu einer Zeit, in der die Regierung ihren 1.200.000 Staatsbedienten und -Angestellten nur unzureichende Aufbesserungen gewährt, weil das Geld in der Kasse fehle, von anderen dringenden und berechtigten Ausgaben auf dem Gebiet des Schulwesens, der Gesundheitspflege und der Sozialfürsorge gar nicht zu sprechen.

Nur dann, wenn die italienische Aufrüstung mit einer erheblichen

und fühlbaren Verringerung der chronischen industriellen Arbeitslosigkeit verbunden werden kann, wird eine militärische Revision des Friedensvertrages wirklich populär sein können. Das weiß de Gasperi, und deshalb wird er sich in Amerika vor allem darum bemühen, große Rüstungsaufträge für die Mächte des Atlantik-Paktes der italienischen Industrie zu verschaffen. Fast noch wichtiger wäre es, wenn es ihm gelänge, die einschränkenden Quoten, die seit vielen Jahren der italienischen Emigration nach den Vereinigten Staaten im Wege stehen, zu beseitigen oder wenigstens erheblich zu erweitern. Nur dann und nur so kann eine Revision des italienischen Friedensvertrages der demokratischen Konsolidierung in einem Lande dienen, in dem sich die antidemokratischen Kräfte von rechts und links schon wieder bedenklich regen.

+ + +

B e r l i n im Bundestag

Von Willy Brandt, M.d.B.

In der Berliner Presse ist in den letzten Tagen die Frage aufgeworfen worden, ob das "Zwölfte Land" wohl bald in der Lage sein würde, direkte Wahlen zum Bundestag durchzuführen. In diesem Zusammenhang ist auch von einem Schreiben des Berliner Senats an den Bundeskanzler die Rede gewesen. Die stärkere Vertretung Berlins im Bundestag war darin als einer der Punkte genannt, die in den Verhandlungen mit den Alliierten über eine mögliche Ablösung des Besatzungsstatuts berücksichtigt werden müßten.

Es dürfte verständlich sein, daß die Berliner angesichts der neuen sowjetischen Nadelstiche und Drangsalierungen nach dem Westen schauen und fragen, wie ihre Stadt stärker mit der Bundesrepublik verbunden werden könnte. Senat und Abgeordnetenhaus haben sich auch Gedanken darüber zu machen, wie verhindert werden kann, daß Berlin bei einer Ablösung des Besatzungsstatuts "in der Luft" hängen bleibt. Es gibt aber auch einen rein praktischen Grund für eine Überprüfung der Vertretung Berlins im Bundestag: Unbeschadet der Sonderlage des "Zwölften Landes" wird es in steigendem Maße in wichtige Gesetze des Bundes einbezogen. Die Sonderlage macht in

einer Reihe von Fällen Ausnahme-Regelungen in den Bundesgesetzen notwendig. Das erfordert eine angemessene Vertretung in den Ausschüssen des Bundestages, und diese läßt sich nur erreichen, wenn Berlin mehr Abgeordnete in Bonn hat.

Erinnern wir uns kurz daran, wie es zu der jetzigen Regelung kam. Der Parlamentarische Rat wollte Berlin ebenso behandelt wissen, wie die elf Länder der Westzonen. Die Militärgouverneure erhoben ihren bekannten, außenpolitisch begründeten Einspruch. Sie ließen jedoch zu, daß "eine kleinere Zahl" von Berliner Vertretern ohne Stimmrecht in den Bundestag entsandt würde. Demzufolge hieß es in dem von den Ministerpräsidenten erlassenen Wahlgesetz, daß Berlin das Recht habe, "acht Abgeordnete mit beratender Stimme in den Bundestag zu entsenden".

Die damalige Stadtverordnetenversammlung entsandte fünf Sozialdemokraten, zwei CDU-Leute und einen FDP-Mann. Auf die rund 40 Ausschüsse des Bundestages verteilt, ist das eine geringe Zahl, vor allem, wenn man bedenkt, daß es darauf ankommt, der besonderen Lage Berlins schon bei der Ausarbeitung von Gesetzen Rechnung zu tragen. Im Bundesrat ist Berlin von Anfang an durch die ihm zustehenden vier Sitze vertreten gewesen. Dort wird es auch bei Abstimmungen mit aufgerufen - seine Stimmabgabe wird zu Protokoll genommen, wenn auch nicht im eigentlichen Sinne des Wortes mitgezählt.

Gerade wenn man die völkerrechtliche bzw. besatzungsrechtliche Lage Berlins in Rechnung stellt, ist es einleuchtend, daß die Erhöhung der Zahl seiner Abgeordneten in Bonn mit beträchtlichen praktischen Vorteilen verbunden wäre. Das gilt übrigens nicht nur für die Ausschüßarbeiten, sondern auch für die zahlreichen Fragen, die einzelne Staatsbürger und Organisationen durch ihre Abgeordneten beantwortet wissen wollen. Es ist nicht einzusehen, wieso besatzungsrechtliche oder außenpolitische Schwierigkeiten dadurch entstehen sollten, daß Berlin die ihm zustehende Zahl von Abgeordneten in Bonn erhält.

Es sollte nicht übersehen werden, warum die Berliner diese Abgeordneten am Liebsten nicht durch das Stadtparlament delegieren,

sondern in direkter Wahl ermitteln lassen würden: Dabei wäre die direkte Wahl einer Delegation durch das Stadtparlament vorzuziehen, weil sie die Möglichkeit eines erneuten Bekenntnisses Berlins zur Bundesrepublik bieten und die Abgeordneten stärker mit der zu vertretenden Bevölkerung verbinden würde. Die Frage des Stimmrechts der Berliner Abgeordneten mag in diesem Zusammenhang zunächst unerörtert bleiben. Daß auch diese Forderung weiterhin aufrechterhalten wird, ist selbstverständlich. Aber der springende Punkt scheint uns zunächst der einer gerechten zahlenmäßigen Vertretung zu sein.

+ + +

#### Die gute Seite der Neugier

Zu einem heute in Deutschland sehr aktuellen Thema schreibt - auf die Schweiz bezogen - unter der Überschrift "Unserm Informationsbedürfnis muß besser Rechnung getragen werden" die Basler "National-Zeitung" die folgenden beherzigenswerten Sätze:

Die heutige Welt ist ohne den geschlossenen Stromkreis der Information nicht mehr zu denken. Das Informationsbedürfnis der Bevölkerung zivilisierter Länder ist gewaltig gestiegen. Und zwar in mehrfacher Hinsicht: der Kreis der Sachgebiete, über die man informiert zu sein wünscht, hat sich ausgeweitet, aber auch der Wunsch nach rascher Information ist dringlicher geworden. Man will nicht nur Resultate kennen, sondern man möchte wissen, wie es zu diesen Resultaten gekommen ist und im voraus darüber im Bild sein, was in dieser oder jener Hinsicht von der Entwicklung etwa noch zu erwarten ist. Rascher als in früheren Zeiten legt man die Fakten entsprechend auch ad acta. Während etwa nach in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg eine Affäre wie der Dreyfuß-Prozess jahrelang die Gespräche beherrschte, hat man heute Mühe, sich an Namen und Ereignisse zu besinnen, die noch vor Monaten im Mittelpunkt des Interesses standen. Die Menschheit ist, um es einmal so zu sagen, neugieriger geworden im Verlauf der letzten Jahrzehnte.

Nun gehört es zwar zu den überkommener Erziehungsrequisiten,

die Neugier abzuschätzen und den Kindern abzugewöhnen. Glücklicherweise jedoch gelingt dies nicht. Denn wenn auch Neugier im täglichen Leben oft - und hauptsächlich für den Erzieher! - unbequem ist, so ist sie doch andererseits eine treibende Kraft. Von den wesentlichen Entdeckungen, auf die niemand mehr verzichten wollte und auch gar nicht mehr verzichten könnte, sind wohl die meisten aus keinem anderen Grund gemacht worden, als weil die Neugier dazu getrieben hat. Diese hat also zweifellos auch ihre guten Seiten. Es würde sich nur darum handeln, sie zu erkennen und aus dem Wust der gemeinen Neugier, des Sensationsbedürfnisses und dem Drang nach Information über was auch immer herauszuschälen.

Das Informationsbedürfnis hat sich auch in politischer Hinsicht ausgeweitet. Und zwar besteht hier ein enger Zusammenhang zwischen Information und Demokratie. Es versteht sich dies eigentlich von selbst. Die volle Mitverantwortung und Mitbestimmung des Volkes setzt voraus, daß die Öffentlichkeit die Elemente erhält, auf denen eine wirkliche Verantwortung beruht und ohne welche sich nicht wirklich und sinnvoll bestimmen läßt. Vollständige und laufende Information über staatliche Maßnahmen - und nicht nur über die "großen" politischen Fragen - ist also im Rahmen der Demokratie unerläßlich.

+ + +

#### Streiflicht aus der Sowjetzone:

##### Wirklich arme Schweine !

"Armes Schwein ! Das dachten wir, als kürzlich die avisierten sechzehn Waggons an der Rampe von Laage nicht eintrafen. In einer Hitze von etwa 30 Grad im Schatten standen die Bauernfuhrwerke aus nah und fern herum und warteten der Dinge, die da nicht kamen. Um 5 Uhr früh schon sollte nach Berlin verladen werden, aber erst um 13 Uhr rollten die Waggons an. Inzwischen mußten sieben Schweine notgeschlachtet werden. Und die Überlebenden erwarteten in den backofenwarmen Wagen ihr weiteres Schicksal. Als am anderen Morgen die Waggons immer noch an der Laager Rampe standen, sah sich der zuständige Tierarzt veranlaßt, etwa die Hälfte der Schweine mit Lastkraftwagen nach dem nächstgelegenen Schlachthof in Güstrow zu bringen, um damit weitere Verluste zu verhüten. Wirklich arme Schweine, kann man da nur sagen !"

Aus der in Mecklenburg erscheinenden Zeitung "Der Demokrat"